Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9369**

14. Wahlperiode 12. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Detlef Parr, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Dieter Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 14/6969 –

Für eine Verlängerung der Rückwirkungsfrist für die Berufskrankheit Nummer 4111

A. Problem

Die Regelung des § 6 Abs. 1 der Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) verwehrt vielen der von der Berufskrankheit Nummer 4111 (chronisch obstruktive Emphysembronchitis bei Steinkohlebergbau) betroffenen Bergleute eine Entschädigung. Dies ist eine unbillige Härte gegenüber den Bergleuten, die in den 40er bis 60er Jahren entscheidend am Wiederaufbau unseres Landes mitgewirkt haben. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, § 6 Abs. 1 BKV so zu verändern, dass die Rückwirkungsregelung für die Berufskrankheit Nummer 4111 aufgehoben oder deutlich verlängert wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/6969 abzulehnen.

Berlin, den 10. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett Vorsitzende	**Gerald Weiß (Groß-Gerau)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gerald Weiß (Groß-Gerau)

I. Überweisung, Votum des mitberatenden Ausschusses und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf Drucksache 14/6969 ist in der 219. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Februar 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 144. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 132. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und abgeschlossen. Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und PDS abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 14/6969

Der Antrag zielt auf eine Veränderung des § 6 Abs. 1 Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) ab, so dass im Ergebnis die Rückwirkungsregelung für die Berufskrankheit Nummer 4111 aufgehoben oder deutlich verlängert wird.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 14/6969 verwiesen.

III. Petition

Dem Ausschuss lag eine Petition vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 GO BT angefordert hatte. Mit der Petition wird die Rückwirkungsfrist für die Berufskrankheit 4111 der Anlage zur Berufskrankheiten-Verordnung kritisiert. Hierzu lagen dem Petitionsausschuss zwei Eingaben vor. Mit der Ablehnung des Antrags konnte dem Anliegen des Petenten nicht entsprochen werden.

IV. Ausschussberatungen

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, die geltenden Regelungen der Berufskrankheitenverordnung verwehre vielen von einer chronischen Bronchitis betroffenen Bergleute eine Entschädigung. Dies betreffe insbesondere Bergleute, die in den 40er bis 60er Jahren gearbeitet hätten. Es handele sich um ca. 3 600 Fälle. Dieser Zustand sollte nunmehr korrigiert werden.

Die Mitglieder der **Fraktionen SPD** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erkannten an, dass es sich um eine schwierige Materie handele. Es sei bisher versucht worden, durch Gespräche, z. B. mit den Berufsgenossenschaften, die Angelegenheit zu klären. Derzeit sei jedoch noch ein Gerichtsverfahren anhängig, so dass es zu dem Antrag keine Zustimmung geben könne.

Die Mitglieder der **Fraktionen der CDU/CSU** und **der PDS** stimmten dem Antrag zu.

Berlin, den 10. Juni 2002

Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333